

# FACT SHEET HERMES & NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



*„Um die gesetzten Umwelt- und Entwicklungsziele auch tatsächlich verwirklichen zu können, soll die Weltwirtschaft ein günstiges internationales Klima schaffen, indem sie (...)*

- *dafür sorgt, dass sich Handel und Umwelt wechselseitig unterstützen; (...)*
- *sich für eine Wirtschaftspolitik einsetzt, die sowohl der Umwelt als auch der Entwicklung zuträglich ist.“*

(Auszug aus der Agenda 21)

Auch die Bundesregierung hat die Agenda 21 mit erarbeitet und unterzeichnet. Sie wurde 1992 beim Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung erstellt, um Lösungen für die drängendsten Probleme der Menschheit aufzuzeigen. Gerade im Bereich der Außenwirtschaftsförderung ist die Bundesregierung jedoch weit von einer Umsetzung der darin festgelegten Grundsätze entfernt. Durch die Vergabe von Hermesbürgschaften für zweifelhafte Projekte trägt sie weiter zu Umweltzerstörung, Klimaerwärmung und Armut in Entwicklungsländern bei. Auch die im April 2001 verabschiedeten Hermes-Leitlinien verbleiben so unverbindlich, dass sie zu keiner Änderung der Vergabepaxis geführt haben.

## Hermes und Klima

Leittechnik für Atomkraftwerke, Gaspipelines und Großstaudämme, die das Klimagift Methan freisetzen, gehören noch immer zum Portfolio der Förderinstrumente, während der Anteil nachhaltiger Energieträger an der Förderung verschwindend gering ist. Hinzu kommt umfangreiche Unterstützung für den Flugzeugexport (Airbus), obwohl die besonders klimaschädigenden Auswirkungen des Flugverkehrs seit langem bekannt sind. Verkehrsmittel sind bei Hermes jedoch von der Umweltprüfung ausgenommen, „da die Auswirkungen auf die Umwelt ausreichend bekannt sind“ und of-

fensichtlich nicht als relevant angesehen werden. So stellt die Bundesregierung Weichen in der Energiepolitik weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Doch weder der eigene Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie noch international eingegangene Verpflichtungen zum Umwelt- und Klimaschutz schlagen sich bisher umfassend in der Außenwirtschaftsförderung nieder.

Damit steht die Bundesregierung symptomatisch für andere Industrieländer des Nordens, die mit ihrer Außenwirtschaftsförderung Milliarden von Dollar in klimaschädliche Energieprojekte in Entwicklungsländern pumpen: allein die Unterstützung, die die Exportkreditversicherungen der USA von 1992 bis 1998 vergaben (23,2 Mrd. US \$), wird zur Freisetzung von 11 Mrd. Tonnen Kohlendioxid führen. Nichtregierungsorganisationen und die Stadt Boulder (Colorado) haben daher parallel zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im August 2002 Klage gegen die amerikanischen Exportkreditagenturen (ECA) erhoben. Im Namen der vom Klimawandel betroffenen BürgerInnen argumentieren sie, dass die Aktivitäten der ECA auch negative Auswirkungen in den USA haben: die Stadt müsse durch die Zunahme von Trockenheit einerseits und Überflutungen andererseits mit Schäden in Millionenhöhe rechnen.

In der Bundesrepublik wird bisher nicht einmal erhoben, welche Klimaauswirkungen hermes-verbürgte Projekte haben. Wenn es die Bundesregierung ernst meint mit dem Klimaschutz, sollte sie dringend die Kyoto-Ziele zur Reduzierung schädlicher Emissionen auch für die Außenwirtschaftsförderung festsetzen. Bisher werden nicht einmal 2 % der Energieinvestitionen in Entwicklungsländern im Bereich erneuerbarer Energien getätigt. Die Länder des Nordens sind daher drin-

## Hintergrund: von Hermesbürgschaften und anderen Außenwirtschaftsförderern

Mit Hermesbürgschaften versichert die Bundesregierung Exporte deutscher Unternehmen in Entwicklungsländer gegen politische und wirtschaftliche Risiken. Zahlt der Empfänger die Ware nicht, entschädigt die Bundesregierung das Unternehmen und rechnet dem Empfängerland den Betrag einschließlich Zinsen als Schulden an. Im Jahr 2000 wurden Bürgschaften in Höhe von 19,5 Mrd. Euro vergeben.

Trotz rot-grüner Regierung und neuen Hermesleitlinien werden nach wie vor Bürgschaften für höchst strittige Projekte vergeben. Die Vertreibung der Bevölkerung für Staudämme, Unterstützung beim Bau von Atomkraft-

werken und Verschuldung vor allem von Schwellenländern sind weiterhin Folgen von Hermesbürgschaften. Auch anderen Instrumenten der deutschen Außenwirtschaftsförderung (Investitions Garantien, Exportkredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau) fehlt eine Ausrichtung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Dabei kann eine sozial- und umweltverträgliche Außenwirtschaftsförderung einen wichtigen Beitrag für die nachhaltige Entwicklung leisten. Denn ihr Volumen ist deutlich größer als das der Entwicklungszusammenarbeit, die bereits soziale und umweltpolitische Standards beachtet.

gend gefragt, entsprechende Förderung bereitzustellen. Gerade die Außenwirtschaftspolitik mit ihrem großen Fördervolumen muss hier richtungweisend aktiv werden.

### Hermes und Armut

Allein die Hermesbürgschaften, die für Großstaudämme vergeben wurden, haben dazu beigetragen, dass hunderttausende Menschen ihre Lebensgrundlagen verloren. In vielen Fällen erhielten die Betroffenen gar keine oder vollkommen unangemessene Entschädigung, so dass ihnen nur der Weg in die Slums der Großstädte blieb. Zudem dienen große Energieprojekte oft nicht einmal der Stromversorgung der lokalen Bevölkerung, sondern sollen den Energiehunger der Metropolen stillen. Mit Hermesbürgschaften oder Investitionsgarantien geförderte Industrieprojekte vernichten außerdem immer wieder landwirtschaftliche Nutzfläche und verseuchen Landschaft und Grundwasser, z. B. im Fall der Ok Tedi Gold- und Kupfermine in Papua Neuguinea oder der Papier- und Zellstofffabriken auf Sumatra.

#### Rüstungsgeschäfte mit Südafrika

*In Südafrika wird ein überdimensionales Rüstungsgeschäft, von dem auch deutsche Unternehmen profitieren, auf Jahre die Staatskassen belasten.<sup>(1)</sup> Der Bevölkerung wurde das Projekt mit dem Versprechen schmackhaft gemacht, die ausländischen Firmen würden weitere Industrieprojekte finanzieren und so Arbeitsplätze in verarmten Regionen des Landes schaffen. Nach drei Jahren ist von diesen Begleitgeschäften aber noch immer keine Spur zu sehen, beteiligte Politiker stehen wegen Korruptionsverdacht vor Gericht und die Kosten für die Rüstungsimporte haben sich aufgrund des Währungsverfalls des südafrikanischen Rand bereits verdoppelt. Für die Vergabe der Hermesbürgschaften spielte die Verschuldungssituation des Landes offensichtlich keine Rolle.*

(1) Zwei deutsche Konsortien, zu denen Humboldt Deutsche Werft, Thyssen Nordseewerke, Blohm & Voss und Ferrostaal gehören, erhielten im Dezember 1999 Hermesbürgschaften in Höhe von 2,4 Mrd. DM für den Export von drei U-Booten und vier Korvetten.

Unwirtschaftliche Projekte wie der völlig unausgelastete Flughafen von Yaoundé (Kamerun) oder Angra 2 in Brasilien, eines der teuersten Atomkraftwerke der Welt, tragen wesentlich zur Staatsverschuldung mancher Entwicklungsländer bei. Alle Exportkreditagenturen der Industrieländer zusammen hielten in den letzten Jahren rund ein Viertel der Schulden von Entwicklungsländern. Die Bundesregierung erhielt in den letzten Jahren allein ca. 400 Mio. Euro jährlich von Entwicklungsländern an Tilgungsleistungen auf Hermes-Schulden. Hinzu kamen zusätzlich noch einmal Zinszah-

lungen in ähnlicher Höhe. Und während viele Entwicklungsländer ihre Sozialausgaben und Programme zur Armutsbekämpfung immer weiter kürzen müssen, sind sie gezwungen, neue Kredite aufzunehmen, um ihre Auslandsschulden zu begleichen.

Doch während die lokale Bevölkerung die gesundheitlichen Probleme und Einkommenseinbußen, die sie in die Verelendung führen, in Folge hermes-geförderter Projekte zu tragen hat, hat sie in der Regel keinerlei Mitspracherecht bei der Festlegung des Entwicklungsweges ihres Landes. Mit ihrer Außenwirtschaftsförderung tut die Bundesregierung nichts, um das Recht dieser Menschen auf nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Denn weder Bedarfsanalysen und Alternativabschätzungen noch die Konsultation der Betroffenen vor Ort sind Voraussetzungen für eine Förderung durch Hermes & Co.

## Hermes BEWEG dich! Die Forderungen

Seit 1997 fordert ein breites Bündnis von Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen die überfällige Reform der Hermesbürgschaften ein.

Die folgenden Forderungen an eine Hermes-Reform entsprechen dem, was weltweit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen für ihre Exportkreditagenturen (Pendants zu »Hermes«) verlangen:

- Kohärenz** zwischen Entwicklungshilfe und Förderung der deutschen Wirtschaft
- Umwelt- und Sozialverträglichkeit** für ALLE beantragten Bürgschaften
- Ausschlusskriterien** (Atom, Rüstung, Umsiedlung)
- Transparenz: Information und Beteiligung der Öffentlichkeit** bei der Bürgschaftsvergabe
- Wirksame parlamentarische Kontrolle**
- Bevorzugte Förderung sozial und ökologisch nachhaltiger Exporte**
- verstärkte Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen**, um Schadensfälle zu vermeiden, welche die Empfängerländer tiefer in die Schuldenkrise manövrieren
- Eine unabhängige Kommission**, die den Effekt der bisherigen Hermesleitlinien **evaluiert** und Vorschläge für verbesserte Leitlinien macht (interdisziplinär besetzt: Parlamentarier, NGOs, Kirchen, Wissenschaftler, Wirtschaftler, Beamte)

### Kontakt & Infos:

August 2002

Im Rahmen der **Hermes BEWEG dich!** Kampagne gibt es weitere Informationen auf der Webpage: [www.hermes-beweg-dich.de](http://www.hermes-beweg-dich.de), sowie bei:



urgewald e.V.  
Von Galen Str. 4  
48336 Sassenberg  
Tel.: 0 25 83 / 10 31  
Fax.: 0 25 83 / 42 20  
regine@urgewald.de  
[www.urgewald.de](http://www.urgewald.de)



WEED e.V.  
Bertha-von-Suttner-Platz 13  
53111 Bonn  
Tel.: 0 22 8 / 766 13-0  
Fax.: 0 22 8 / 69 64 70  
weed@weedbonn.de  
[www.weedbonn.org](http://www.weedbonn.org)

